

Niederschrift

Nr. 03/16

über die

Be

öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Gemeinde Denzlingen
am **16.02.2016**

Beginn: 19:20 Uhr

Ende: 22:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender: Bürgermeister Hollemann

Gemeinderäte: Sascha Ingold, Rudolf Wöhrlin, Daniel Böhler, Guido Echterbruch, Rolf Fehrenbach, Silke Höfflin, Volkmar Bensch, Dr. Sabine Ohrt-Volkert, Thomas Pantel, Andreas Tym, Willi Kieninger, Elfriede Behnke, Jochen Himpele, Jürgen Kaufmann, Reiner Uehlin, Michael Dick, Barbara Nübling, Harald Martin, Ringold Wagner, Axel Weniger, Christine Höldin

Beamte, Angestellte, VOAR Jürgen Sillmann

usw.: VOR Martin Ziegler

BR Carsten Müller

Jürgen Schneider

Jannika Bensch, Protokollführung

Sonstige Personen:

Es fehlten entschuldigt: Gemeinderat Dr. Arnfried Kapp-Schwoerer

Befangenheit: Thomas Pantel, TOP 5, 5.1.1

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende, Bürgermeister Hollemann, fest, dass

- zu der Sitzung durch die Ladung vom 04.02.2016 ordnungsgemäß eingeladen worden ist,
- Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung am 11.02.2016 ortsüblich bekannt gegeben worden sind.

Hierauf wurde in die Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Punkte eingegangen.

Es wurde folgende Tagesordnung erlassen:

1. **Fragen und Anregungen der Zuhörer**
2. **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung**
3. **Statusbericht über die Errichtung gemeindeeigenen Wohnungsbaus**
4. **Erstellung Wohnbaukonzept - Antrag GRÜNE v. 01.12.2015**
s. Beschlussvorlage Drucksache-Nr. 23/2016 (vertagt am 26.01.16)
5. **Beratung und Beschlussfassung über die Anträge zum Haushalt 2016 und 1. Änderungsliste zum Haushalt 2016**
Anlage: Beschlussvorlage Drucksache-Nr. 34/2016
6. **Öffentliche Telefoneinrichtungen in Denzlingen - Antrag der Telekom auf Abbau des Standortes Alemannenstraße 17**
Anlage: Beschlussvorlage Drucksache-Nr. 35/2016

1. **Fragen und Anregungen der Zuhörer**

Es gibt keine Fragen und Anregungen der Zuhörer

2. **Bekanntgaben von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung**

Bürgermeister Hollemann gibt die Beschlüsse aus der heutigen nichtöffentlichen Sitzung bekannt.

3. **Statusbericht über die Errichtung gemeindeeigenen Wohnungsbaus**

Gemeinderat Himpele reicht einen Antrag der SPD-Fraktion bzgl. der „Einrichtung des Eigenbetriebs Wohnraumbeschaffung für anerkannte Flüchtlinge, Asylbewerber, Asylberechtigte, Geduldete, Obdachlose und sozial schwache Bürger“ ein. Dieser soll den Haushaltsantrag TOP 5, 1.3.1: Antrag – Sozialer Wohnungsbau ergänzen. Bürgermeister Hollemann erläutert, dass es sich hierbei um einen neuen Antrag handelt und dieser deshalb in einer späteren Sitzung behandelt wird.

Herr Müller erläutert die derzeitige Situation des gemeindeeigenen Wohnungsbaus und gibt einen kurzen Überblick.

4. **Erstellung Wohnbaukonzept - Antrag GRÜNE v. 01.12.2015**

s. Beschlussvorlage Drucksache-Nr. 23/2016 (vertagt am 26.01.16)

Gemeinderätin Höfflin trägt den Antrag noch einmal vor. Sie ergänzt, dass ihre Fraktion damit einverstanden wäre, diesen, dem Antrag auf sozialen Wohnungsbau der SPD, hinsichtlich Zeit und Zahlen, anzupassen und die Erstellung des Konzeptes extern zu

vergeben. Herr Müller merkt die immense Zahl an 70 Wohneinheiten an und vergleicht diese mit der Freiburger Straße, wo derzeit 15 Wohneinheiten geschaffen werden. Gemeinderat Kieninger erläutert die Berechnungsgrundlagen und ergänzt, nicht nur gemeindeeigene Wohnungen zu beachten, sondern auch das neue Gebiet Käppelematten. Vorstellbar ist auch eine Zusammenarbeit mit Bauträgern und Baugenossenschaften. Gemeinderat Uehlin merkt an, dass dieser Antrag nicht finanzierbar wäre. Gemeinderat Echterbruch ist der Meinung, dass derzeit Baugebiet geschaffen wird und es unrealistisch ist kurzfristige Termine zu setzen. Gemeinderat Martin ergänzt dazu, dass eine detaillierte Anzahl an zu schaffenden Wohneinheiten nicht festgelegt werden kann. Gemeinderat Pantel erinnert an die derzeitige Flüchtlingssituation und zukünftige Herausforderungen, z. B. den Familiennachzug, die bewältigt werden müssen. Gemeinderat Dick weist auf darauf hin, dass die jetzige Finanzierung von der nächsten Generation getragen werden muss. Gemeinderätin Behnke betont, dass jetzt gehandelt werden muss und stimmt den Argumenten der Fraktion DER GRÜNEN zu. Auf den Einwurf von Gemeinderat Echterbuch, dass Mangel an Bauland besteht und Zwischenlösungen gefunden werden müssen erinnert Gemeinderat Kieninger an die Bedeutung von Zwischenlösungen für die Menschen und merkt an, vorhandenes Bauland zu gestalten. Bürgermeister Hollemann widerspricht der Aussage von Herrn Kieninger, dass Mietpreise im Sozialen Wohnungsbau die Investitionen tragen. Gemeinderat Bensch schlägt vor, ein Konzept zu entwickeln mit verschiedenen Möglichkeiten. Der Antrag sei lediglich ein Vorschlag, um in die Offensive zu gehen. Gemeinderat Pantel ergänzt, dass es bei der Abstimmung grundsätzlich um die Entwicklung eines Konzeptes geht und zur Lösung Kompromisse gefunden werden können. Gemeinderat Uehlin merkt an, dass nicht nur einseitig Wohnraum für sozial Benachteiligte geschaffen werden kann. Gemeinderätin Nübling spricht sich für ein Konzept ohne detaillierte Ausführungen zur Anzahl der Wohneinheiten aus. Gemeinderat Himpele ist der Auffassung einen 15-Jahres-Plan zu erstellen um die finanzielle Sicht zu sehen. Herr Müller merkt an, dass das Bauamt strategisch und mit Vorgaben aus dem Gemeinderat arbeitet. Er stimmt inhaltlich dem Konzept grundsätzlich zu, appelliert aber, den Antrag abzulehnen, da es nicht möglich ist, diesen wie beantragt umzusetzen. Auch eine externe Vergabe bedeutet eine hohe zeitliche interne Belastung, da sämtliche Angaben/Fakten geliefert werden muss.

Der Gemeinderat lehnt mit 13 Gegenstimmen und 9 Ja-Stimmen den Antrag auf Erstellung eines Wohnbaukonzeptes bis zum 31.05.2016 mehrheitlich ab.

5. Beratung und Beschlussfassung über die Anträge zum Haushalt 2016 und 1. Änderungsliste zum Haushalt 2016

Anlage: Beschlussvorlage Drucksache-Nr. 34/2016

Herr Ziegler gibt einen Überblick über den aktuellen Haushaltsstand. Er erläutert die Änderungsliste zum Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2016 auf der Ausgaben- und Einnahmenseite.

Antrag der CDU-Fraktion

Nr. 1: Antrag – 30er Zonen in Denzlingen, Umsetzung von begleitenden Maßnahmen zur besseren Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung

Gemeinderat Wöhrlin verliert den Antrag. Herr Schneider erläutert die zustimmende Stellungnahme der Verwaltung und schlägt vor Geräte zur Sensibilisierung der Autofahrer aufzustellen. Gemeinderat Wöhrlin spricht sich im Namen der Fraktion für den Vorschlag der Verwaltung aus. Er merkt an, dass auch langsame Fahrzeuge z.B. Fahrräder gemessen werden und diese die Durchschnittsgeschwindigkeit senken. Auf die Frage ob die Geräte beidseitig messen oder zwei gebraucht werden, antwortet Herr Schneider, dass beides möglich ist. Gemeinderätin Höfflin stimmt dem Antrag zu. Auf ihre Anmerkung, dass ähnliche Maßnahmen wie in der Stadt Emmendingen umgesetzt werden können, erläutert Herr Schneider, dass die Stadt Emmendingen eine eigene Straßenverkehrsbehörde hat und somit selbst entscheiden kann. Gemeinderätin Behnke spricht sich für den Vorschlag aus und regt an mobile Geräte aufzustellen. Zudem ist sie der Meinung, dass die Straße als Ganzes verschmälert werden muss. Herr Schneider erläutert, dass mobile Geräte mit mehr Unterhaltungsaufwand verbunden sind.

Der Gemeinderat lehnt mit 12 Gegenstimmen und 10 Ja-Stimmen mehrheitlich ab, zwei fest installierte und zwei mobile Geschwindigkeitsanzeigen anzubringen.

Der Antrag auf vier fest installierte Geschwindigkeitsanzeigen wird mit 18 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Nr. 1: Antrag – Wir beantragen die Mitgliedschaft der Gemeinde Denzlingen in der Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung e.V. (GMKEV)

Gemeinderat Tym trägt den Antrag vor. Herr Sillmann erläutert die Stellungnahme der Verwaltung, welche den Antrag insoweit unterstützt, dass eine Vorstellung der GMKEV im Gemeinderat erfolgen soll. Gemeinderat Dick entgegnet, dass das Verhältnis der Gemeinde zu den Gewerbebetrieben Grundvoraussetzung ist und es hierzu keiner kostenpflichtigen Mitgliedschaft bedarf. Gemeinderat Kaufmann und Gemeinderat Martin sprechen sich im Namen ihrer Fraktionen für eine Vorstellung der GMKEV aus. Gemeinderat Echterbruch stimmt Gemeinderat Dick zu und ergänzt, dass die Verwaltung von sich aus Leitlinien erarbeiten muss. Gemeinderätin Höfflin und Gemeinderat Tym sehen den Antrag als Möglichkeit zur Verbesserung der innerbetrieblichen Abläufe.

Der Gemeinderat beschließt mit 19 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen die Vorstellung der GMKEV im Gemeinderat.

Antrag der SPD-Fraktion

Nr. 1: Antrag – Sozialer Wohnungsbau

Punkt 1.3.1.1 und 1.3.1.3 werden seitens der Antragsteller zurückgezogen, da hierüber bereits an anderer Stelle beraten und beschlossen wurde. Er appelliert an die Bauverwaltung mehr Transparenz im Sozialen Wohnungsbau herzustellen und verliert

Punkt zwei und vier des Antrags. Herr Müller erläutert die Stellungnahme der Verwaltung zu Punkt 2.

Gemeinderat Echterbruch erinnert, dass dieser Sachverhalt bereits seit geraumer Zeit behandelt wurde. Entsprechende Mittel sind im Haushalt dafür eingeplant.

Der Gemeinderat beschließt mit 21 Ja-Stimmen und einer Enthaltung einen Ersatz für die Notunterkünfte am Raiffeisenplatz zu schaffen. Ziel ist es hierbei, diese schnellstmöglich Alternativen bereitzustellen.

Herr Müller erläutert die Stellungnahme der Verwaltung zu Punkt 4 und bittet von einem, im Voraus, beschlossenen Prozentsatz an Wohnungen abzusehen. Gemeinderat Echterbruch schließt sich Herrn Müller an und weist darauf hin, dass dieser Sachverhalt in einer Klausurtagung behandelt werden sollte. Gemeinderat Bensch merkt an, dass dieses Konzept dem Antrag unter TOP 4 entspricht. Es braucht verschiedene Möglichkeiten um Einfluss auf die Wohnsituation zu nehmen. Auf Anfrage von Gemeinderat Uehlin entgegnet Bürgermeister Hollemann, dass die Gemeinde dem Antrag grundsätzlich zustimmt, nur unter der Bedingung keine Quote festzuschreiben. Gemeinderat Kieninger hält es für notwendig eine Quote von 40% festzuschreiben, um klare Vorstellungen zu haben. Er zieht den Antrag zurück, um in einer Klausurtagung noch einmal darüber zu diskutieren. Herr Müller schließt ab mit den Worten, dass ob oder über eine Quote erst bei Vorliegen aller Faktoren beschlossen werden sollte.

Antrag der Fraktion FDP-Bürgerliste

Nr. 1: Antrag – Einrichtung eines Trimm-Dich-Pfades am Mauracherberg oder Einbollen
Gemeinderat Dick verliert den Antrag. Herr Schneider erläutert die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung und die Alternative eines Bewegungsparcours im Innerortsbereich mit eventueller Integration in das Projekt „Spuren suchen“. Gemeinderätin Höfflin ist der Ansicht, dass Trimm-Dich-Pfade prinzipiell nicht mehr stark frequentiert werden. Sie spricht sich gegen eine Errichtung solcher Anlagen aus. Gemeinderat Uehlin spricht sich für eine Nordic-Walking-Strecke aus. Gemeinderat Echterbruch schlägt vor die umliegenden Waldwege für die Freizeitaktivitäten zu verbessern. Gemeinderat Himpele entgegnet im Namen seiner Fraktion, dass es, auch durch Fitnessstudios, genug Möglichkeiten für alle gibt, Sport zu machen. Gemeinderätin Höldin könnte sich anfreunden mit dem Verwaltungsvorschlag und weist auf den Bewegungsparcour in Emmendingen hin. Gemeinderat Dick möchte nicht über einen erweiterten Antrag abstimmen lassen und zieht den Antrag zurück.

Antrag der Fraktion Freie Wähler Denzlingen

Nr. 1: Antrag – Zügige Erschließung des im FLNP als D6 bezeichneten Gebietes als Gewerbegebiet

Der Antrag wird durch Gemeinderat Martin zurückgezogen, weil im Moment keine Chance

besteht die Entwicklung im Norden der Vörstetter Straße weiterzuentwickeln und bewusst der Süden der Vörstetter Straße nicht durch diesen Antrag vorangebracht werden soll. Bürgermeister Hollemann weist darauf hin, dass es Sinn macht, das Gebiet oberhalb der Vörstetter Straße zeitnah weiter zu entwickeln.

Antrag der Fraktion Unabhängige Bürger/Ökologisch-Demokratische Partei

Nr. 1: Antrag – Die UB/ÖDP-Fraktion beantragt die Erneuerung der Fahrradstellplätze am MACH` BLAU

Gemeinderätin Höldin verliert den Antrag. Herr Schneider erläutert die zustimmende Stellungnahme der Verwaltung. Herr Müller ergänzt, dass auch Fahrräder in der Mittelzone abgestellt werden können, der Bauhof aber diesen Freiraum für die Unterhaltung des Areals benötigt. Herr Ziegler ergänzt, dass die Deckungsmittel im Haushalt vorhanden sind. Auf Nachfrage von Gemeinderat Tym, entgegnet Bürgermeister Hollemann, dass es möglich wäre an spezielle Abschlussmöglichkeiten für E-Bikes zu denken. Auf Nachfrage von Gemeinderat Weniger antwortet Bürgermeister Hollemann, dass das ganze Areal zur Diskussion bzgl. der Nutzung steht. Gemeinderat Dick merkt an, dass die Entscheidung doch vom Eigenbetriebsleiter entschieden werden kann. Herr Ziegler entgegnet, dass der Haushaltsplan im Gemeinderat beschlossen werden muss, die Vergabe bis 50.000€ durch den Eigenbetriebsleiter erfolgen kann. Gemeinderat Böhler spricht sich grundsätzlich für den Antrag aus. Auf Gemeinderat Kieningers Wunsch sagt Bürgermeister Hollemann zu, dass nicht weniger Plätze angeboten werden sollen als jetzt. Gemeinderat Echterbruch schlägt vor, Möglichkeiten für mehr Stellplätze zu schaffen, z.B. durch Bäume fällen. Gemeinderat Kaufmann stimmt im Namen seiner Fraktion dem Antrag zu und hält Stellplätze für Kinderanhänger für sinnvoll, wenn dies nicht weniger Stellplätze als vorher bedeutet. Gemeinderat Wöhrlin weist darauf hin, dass es attraktiv sein muss, mit dem Fahrrad ins Bad zu fahren und deshalb die Funktionalität im Vordergrund steht. Gemeinderat Tym merkt an, dass die meisten Fahrradanhänger mit ins Innere genommen werden und nicht am Abstellplatz stehen bleiben.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Erneuerung der Fahrradstellplätze am MACH` BLAU auf mindestens die gleiche Anzahl und mit eventuell E-Bike Abschlussmöglichkeiten. Für die Planung und Realisierung sind 38.000 € netto in den Haushalt einzustellen.

Antrag der CDU-Fraktion

Nr. 2: Antrag – Einführung einer Fehlbelegungsabgabe für gemeindeeigene Wohnungen
Gemeinderat Böhler verliert den Antrag. Herr Ziegler erläutert die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung. Die Nachteile und Kosten stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen. Gemeinderat Böhler fügt hinzu, dass in Hessen die Fehlbelegungsabgabe wieder eingeführt hat. Bürgermeister Hollemann entgegnet, dass dieser Antrag rechtlich nicht machbar ist. Herr Ziegler ergänzt, dass die Wohnungen überprüft werden sollen und

trägt den Vorschlag der Verwaltung vor, befristete Mietverträge abzuschließen. Diese könnten geprüft und ggf. angepasst werden können. Auf Nachfrage von Gemeinderat Tym, entgegnet Herr Ziegler, dass bei einer Vermietung die Eigentums- und Wohnverhältnisse des potenziellen Mieters überprüft werden. Gemeinderätin Höfflin weist darauf hin, dass die Mieter nicht einfach gezwungen werden können, ihre derzeitige Wohnung zu verlassen. Auf ihre Nachfrage antwortet Herr Ziegler, dass es generell möglich ist, Mieten im rechtlichen Rahmen zu erhöhen. Herr Müller ergänzt, dass man teilweise an Mietpreise gebunden ist, die meisten Wohnungen aber dem freien Markt unterliegen und die Mieten alle 3 Jahre um 15% erhöht werden können. Somit können bei einer Änderung der sozialen Situation einer Person marktgerechte Mieten vereinbart werden. Auf Nachfrage von Gemeinderätin Höfflin antwortet Herr Müller, dass bei einem Mieterwechsel und Vorliegen der sozialen Voraussetzungen eine entsprechend geringere Miete vereinbart werden kann. Gemeinderat Echterbruch schlägt vor, die Miethöhen zu monitorieren. Gemeinderätin Nübling weist darauf hin, dass die Mieter ihre Wohnungen nach der Überprüfung verlassen müssten, damit sie weiterhin für sozial Schwache angeboten werden können. Gemeinderat Echterbruch verweist hierbei auf die schwierige rechtliche Situation. Gemeinderätin Behnke schlägt vor, dieses Thema nach Darlegung der rechtlichen Sachlage nochmals im Gremium zu diskutieren. Auf Anfrage von Gemeinderat Wagner entgegnet Herr Müller, dass Mechanismen gefunden werden müsse, um sozialen Wohnungsbau, bei Änderung der Situation der Menschen in den Wohnungen, beizubehalten. Durch Mieterhöhungen könnten die Personen dazu gebracht werden, freiwillig in andere Wohnungen umzuziehen. Gemeinderat Tym hält die Mieterhöhung für einen logischen Ansatz. Gemeinderat Dick hält den Antrag für nicht durchführbar.

Der Gemeinderat beauftragt einstimmig die Verwaltung darzustellen, wie steuernd auf die Mieten eingegriffen werden kann und welche rechtlichen Rahmenbedingungen dafür gelten.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Nr. 2: Antrag – Förderung des sozialen Wohnungsbaus

Dieser Antrag wurde bereits in TOP 4 behandelt.

Antrag SPD-Fraktion

Nr. 2: Antrag – Klima und Umwelt – Wie erreicht Denzlingen seine CO2-Ziele?

Gemeinderat Kieninger erläutert den Antrag. Bzgl. der Busverbindungen entgegnet Herr Sillmann, dass bereits letztes Jahr eine ausführliche Zusammenstellung aller Busverbindungen dem Gremium vorgelegt wurde und im Gremium zusammen mit der SBG diskutiert wurde.

Herr Müller erläutert, dass durch die Einführung des Gebäude- und Energiemanagements detaillierte Zahlen vorgelegt werden können. Herr Ziegler ergänzt auf Nachfrage von Gemeinderat Bensch, dass das Gebäudemanagement dabei ist, Personenanzahl, Energie-

und Wasserverbrauch mit einer speziellen Software zu erfassen und hier dann gezielt Auswertungen erstellt werden können. Gemeinderat Echterbruch verweist auf die Vorstellungen bzgl. der Einführung des Gebäude- und Energiemanagements. Hier wurde bereits alles deutlich dargelegt. Gemeinderat Kieninger merkt an, dass es um die Transparenz und Einsparung an CO2 geht.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich mit 20 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen die Vorlage eines Energieberichtes, sowie die Zusammenstellung der Busverbindungen Denzlingen/Gundelfinger Straße.

Antrag der Fraktion Freie Wähler Denzlingen

Nr. 2: Antrag – Anlage eines Holzbohlenbelages auf dem „Musikplatz“ am Festplatz Heimethues

Gemeinderätin Nübling verliert den Antrag und erklärt sich im Namen ihrer Fraktion einverstanden mit dem kostengünstigeren Vorschlag der Verwaltung. Herr Schneider erläutert den Vorschlag. Gemeinderat Echterbruch schlägt vor, einen Fließ bereitzustellen, der bei Bedarf ausgerollt werden kann. Gemeinderat Himpele merkt an, dass seine Fraktion und der Musikverein mit der Alternative der Verwaltung einverstanden sind.

Der Gemeinderat beschließt mit 9 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich die Verfestigung der Fläche am Festplatz Heimethues und die Übernahme der Kosten von 1.200 € in den Haushalt.

Antrag der CDU-Fraktion

Nr. 3: Antrag – Überquerungshilfe Lise-Meitner Straße und Robert-Bosch-Straße

Gemeinderat Ingold trägt den Antrag vor. Herr Schneider erläutert die bereits vorhandenen Planungen. Gemeinderat Uehlin stimmt dem Antrag zu und bittet um eine entsprechende Ausleuchtung der Überquerung.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig eine Überquerungshilfe an der Lise-Meitner Straße und Robert-Bosch Straße und die dafür notwendigen Änderungsmaßnahmen. Die Kosten von 120.000 € sind im Haushaltsplan 2016 angemeldet.

Antrag SPD-Fraktion

Nr. 3: Antrag – Schwimmbad „Sport & Familienbad MACH`BLAU“

Gemeinderat Kieninger verliert den Antrag und stimmt dem Wunsch der Verwaltung zu. Herr Ziegler erläutert die Stellungnahme der Verwaltung. Gemeinderat Bensch ist der Meinung, dass etwas gemacht werden muss. Er schlägt vor, statt Holzplatten Beton zu verwenden. Herr Müller merkt an, dass heute lediglich über die Aufnahme von Mitteln für die Maßnahme zu entscheiden ist. Die Art der Ausführung wird zu gegebener Zeit erneut

beraten. Bürgermeister Hollemann ergänzt, dass sich die Verwaltung um Alternativen bemühen wird.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig eine Erneuerung der Stufenanlage im Schwimmbad MACH` BLAU von 180.000 € in die mittelfristige Finanzplanung mit aufzunehmen.

Antrag der Fraktion Freie Wähler Denzlingen

Nr. 3: Antrag – Maßnahmen zur Gefahrenreduktion der Einmündung Kronenstraße in die Hauptstraße

Gemeinderat Wagner trägt den Antrag vor und schließt sich im Namen seiner Fraktion anschließend dem Vorschlag der Verwaltung an. Gemeinderat Wöhrlin spricht sich im Namen seiner Fraktion ebenso für den Verwaltungsvorschlag aus und erinnert an die Weiterführung des Radweges ab dem Rebstock, über den unter Bürgermeister Fischer schon einmal abgestimmt wurde. Herr Schneider entgegnet, dass das Problem die Rebstockunterführung ist, welche genutzt wird, aber in privater Hand ist und an der L112 nichts geändert werden kann. Bürgermeister Hollemann sagt zu, dieses Thema und Problem noch einmal vorzustellen. Auf Anfrage von Gemeinderat Echterbruch erläutert Herr Schneider, dass der Radfahrer am Ende des Radweges an den Parkplätzen den hohen Bordstein hat und die Straßenseite wechseln muss. Er ist nach der Straßenverkehrsordnung untergeordnet und muss daher beachten, wie er über die Straße kommt. Gemeinderätin Behnke stimmt für den Vorschlag und erinnert an einen früheren Vorschlag, bei dem der Radweg bis zur Mühlengasse weitergeführt wird. Sie schlägt vor, an der Hachberger Straße einen Hinweis anzubringen, welcher den Radfahrer zur Marchstraße führt. Auf ihre Nachfrage, ob der Gehweg nach dem Rebstock verbreitert werden kann, entgegnet Herr Schneider, dass dieser teilweise angelegt ist und das Problem wieder die Rebstockpassage ist. Bürgermeister Hollemann merkt an, den Vorschlag von Gemeinderätin Behnke zu prüfen. Gemeinderat Uehlin weist darauf hin, den Verwaltungsvorschlag nochmal zu prüfen, da dieser eine größere Gefahrenstelle ist. Er schlägt vor, den Übergang östlicher in der Hauptstraße anzulegen. Bürgermeister Hollemann entgegnet, dass die angebotene Lösung vom Straßenverkehrsamt bereits geprüft ist.

Der Gemeinderat beschließt mit 18 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen 6.300 € für die Umsetzung der baulichen Maßnahmen, sowie für die Beschilderungs- und Markierungsmaßnahmen im Haushalt bereitzustellen.

Antrag SPD-Fraktion

Nr. 4: Antrag – Freizeit und Tourismus – Einrichtung eines Wohnmobilstellplatzes

Gemeinderat Kaufmann trägt den Antrag vor. Herr Ziegler erläutert die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung. Gemeinderat Kaufmann entgegnet, dass durch die Einrichtung einer Infrastruktur das Problem der fehlenden Strom- und Müllversorgung

gelöst wird. Es müsste beraten werden welche Kosten anfallen und ob diese durch die Einnahmen gedeckt werden können. Herr Ziegler merkt die Problematik der Stromversorgung und Vermüllung an und stellt die Kostenschätzung als fundiert dar. Herr Schneider erläutert, dass der östliche Standort präferiert wird, da dort an die Abwasserleitung der Minigolfanlage und an die Frischwasserleitung vom Tauziehclub angeschlossen werden kann. Gemeinderat Echterbruch spricht sich im Namen seiner Fraktion gegen den Antrag aus, da dieser Platz ungeeignet wegen Parkplatzmangel, Lärm und Kosten ist. Bürgermeister Hollemann ergänzt, dass es zwingend notwendig wäre, eine Satzung zu erlassen und dass die Wohnmobile bei Parkplatzmangel ebenfalls auf die Berliner Straße ausweichen würden.

Der Gemeinderat stimmt mit 4 Ja-Stimmen und 17 Gegenstimmen gegen die Einrichtung eines Wohnmobilstellplatzes auf dem Schwimmbadparkplatz.

Antrag SPD-Fraktion

Nr. 5: Antrag – Kindergarten Pfistergässle

Gemeinderat Pantel ist befangen und verlässt den Ratstisch. Gemeinderat Kieninger verliert den Antrag. Auf die Anfrage von Herr Echterbruch antwortet Herr Müller, dass einmal im Jahr eine Kindergartenbegehung stattfindet und grundsätzlich nichts gegen die Aufnahme der Mittel für den Sonnenschutz in den Haushalt spricht.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig im Haushalt 2016 5.000 € für zwei Großschirme mit jeweils 4 – 5 m und deren Anbringung zu versehen.

Antrag SPD-Fraktion

Nr. 6: Antrag – Toilette am Bahnhof

Gemeinderat Pantel nimmt wieder am Ratstisch Platz.

Gemeinderätin Behnke verliert den Antrag und bedankt sich bei der Verwaltung für die Vorbereitung der Anträge und die gute Zusammenarbeit. Bürgermeister Hollemann stellt klar, dass Mittel im Haushalt vorgesehen sind und die Prüfungen weitergehen.

Der Gemeinderat stimmt mit 19 Ja-Stimmen und einer Enthaltung für die Übertragung der 5.000 € in den Haushalt 2016 und die Vorstellung einer kostengünstigeren Variante im Gemeinderat.

6. Öffentliche Telefoneinrichtungen in Denzlingen – Antrag der Telekom auf Rückbau des Standortes Alemannenstraße 17

Anlage: Beschlussvorlage Drucksache-Nr. 35/2016

Herr Sillmann trägt den Antrag vor. Bürgermeister Hollemann ergänzt, dass über die Alternativen bereits bei einem anderen früheren Standort informiert wurde.

Der Gemeinderat beschließt mit 19 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen den Rückbau des

Standortes Alemannenstraße 17 der Telekom.

Verschiedenes, Fragen, Anregungen

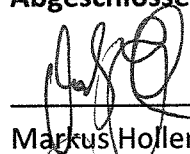
7. - Fragestunde -

Gemeinderätin Höfflin verliest einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen bzgl. der Auflistung der vom Gemeinderat in einem Jahr zu behandelnden Tagesordnungspunkte.

Herr Müller trägt auf eine frühere Anfrage von Gemeinderat Himpele vor, dass die Schäden an den gemeindeeigenen Gebäuden verursacht durch den Starkregen im Juni 2015 insgesamt bei 40.700 € liegen. Hiervon hat die Versicherung 12.000 € übernommen.

Der Vorsitzende schließt um 22:45 Uhr die öffentliche Sitzung.

Abgeschlossen und beurkundet




Markus Hollemann, Bürgermeister

gez. Jannika Bensch, Protokollführung

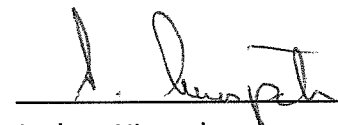


Jürgen Sillmann

Gemeinderäte:



Silke Höfflin



Jochen Himpele